

Unterrichtung

durch das
Europäische Parlament

**Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Bericht der
Kommission: Durchführung des MEDA-Programms - Jahres-
bericht 1998**

Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments
- 121953 - vom 21. September 2000. Das Europäische Parlament hat die
Entschließung in der Sitzung am 5. September 2000 angenommen.

**Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Bericht der Kommission:
Durchführung des MEDA-Programms - Jahresbericht 1998**

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis des Berichts der Kommission (KOM(1999) 291 – C5-0117/1999),
- in Kenntnis der von der Kommission in Auftrag gegebenen Bewertungsberichte "Evaluation of the MEDA Final Report Regulation, Euronet Consulting February 1999" und "Evaluation des facilités d'ajustement structurel dans les pays du sud de la Méditerranée, CERDI-CNRS Avril 1999",
- in Kenntnis des Sonderberichts 1/96 des Rechnungshofes über die MED-Programme¹ und des Sonderberichts 1/98 des Rechnungshofes über die bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit mit den Drittländern des Mittelmeerraums²,
- in Kenntnis der von der Europa-Mittelmeer-Konferenz angenommenen Erklärung von Barcelona vom November 1995,
- in Kenntnis des Übereinkommens von Århus von 1998³,
- in Kenntnis der Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Gipfeltreffens Europa-Mittelmeer von Stuttgart (April 1999),
- in Kenntnis der Schlussfolgerungen der Europa-Mittelmeer-Ministerkonferenz von Helsinki zu Umweltfragen (November 1997),
- in Kenntnis der Erklärung der Europa-Mittelmeer-Ministerkonferenz von Turin zur lokalen Wasserbewirtschaftung (Oktober 1999),
- in Kenntnis der Schlussfolgerungen der Bürgerforen von Barcelona (November und Dezember 1995), Malta zu dem interkulturellen Dialog (April 1997), Neapel (Dezember 1997) und Stuttgart zu Umweltfragen und Menschenrechten (April 1999),
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 30. März 2000 zur Mittelmeerpolitik⁴,
- gestützt auf Artikel 47 Absatz 1 seiner Geschäftsordnung,

¹ ABl. C 240 vom 19.8.1996.

² ABl. C 98 vom 31.3.1998.

³ "Convention on access to information, public participation in decision-making and access to justice in environmental matters". UN-Wirtschaftskommission für Europa, Århus, Dänemark, Juni 1998.

⁴ Angenommene Texte Punkt 4.

- in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie sowie der Stellungnahmen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik und des Ausschusses für Regionalpolitik, Verkehr und Fremdenverkehr (A5-0205/2000),
- A. in der Erwägung, dass der Tätigkeitsbericht 1998 einen Überblick über MEDA I erlaubt, der als Ausgangspunkt für die Formulierung von Reformvorschlägen im Hinblick auf das reibungslose Funktionieren des künftigen Programms MEDA II dient,
- B. in der Auffassung, dass die erneute Aushandlung von MEDA eine außergewöhnliche Gelegenheit ist, um Bilanz zu ziehen und den Dialog zwischen allen Akteuren, auf Regierungs- und Nichtregierungsebene, hinsichtlich der Zukunft von MEDA zu vertiefen,
- C. unter Bekräftigung seiner Überzeugung, dass die politische Stabilität und der Wohlstand im Mittelmeerraum Aspekte von gemeinsamer strategischer Bedeutung sind, und in Anbetracht der Bedeutung der Zusammenarbeit Europa-Mittelmeer im Hinblick auf einen Impuls für politische Maßnahmen, die dazu beitragen, die Stabilität sowie die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Region zu gewährleisten,
- D. in der Erwägung, dass das MEDA-Programm das Herzstück der finanziellen Zusammenarbeit der Partnerschaft Europa-Mittelmeerraum bildet im Hinblick auf die enorme Herausforderung des Herantretens an eine wenig homogene Region und der Herstellung eines horizontalen Dialogs,
- E. in der Erwägung, dass MEDA das Finanzinstrument der Partnerschaft ist und daher zur Durchführung der Maßnahmen im Rahmen der drei in der Erklärung von Barcelona vorgesehenen Bereiche beitragen muss, d.h. im politischen, im wirtschaftlichen und im soziokulturellen Bereich,
- F. in der Erwägung, dass jede Zusammenarbeit auf der Achtung der Menschenrechte beruht, und dass das Ziel dieser Zusammenarbeit sich nicht nur auf Fortschritte im Wirtschaftsbereich, sondern grundlegend auch in den Bereichen Demokratie, Freiheit, Frieden, Beseitigung von Ungleichheiten und nachhaltige Entwicklung erstreckt,
- G. in der Erwägung, dass die bilaterale Zusammenarbeit (90%) bei weitem die regionale Zusammenarbeit (10%) überschreitet, und unter Hinweis auf die vitale Bedeutung, die Letztere beim Aufbau eines Raums des Dialogs, des Austauschs und der Zusammenarbeit hat, was Hauptgegenstand der Partnerschaft ist,
- H. in Anbetracht des Vorschlags der Kommission für eine sehr deutliche Vereinfachung der Verwaltungsverfahren bei MEDA, was zur Beseitigung der Verzögerungen und Mangelfunktionen, die unter MEDA I festgestellt wurden, beitragen soll; in der Auffassung, dass die Unterzeichnerstaaten der Erklärung von Barcelona und das Europäische Parlament nichtsdestoweniger eine wesentliche Einsichtnahme in die Verwaltung von MEDA im Namen der Transparenz und der Demokratie behalten müssen,
- I. in Anbetracht der geringen tatsächlichen Inanspruchnahme der Mittel während dieses Durchführungszeitraums,

- J. in der Erwägung, dass das Parlamentarische Forum Europa-Mittelmeer als Ort des Austauschs und des Dialogs zwischen den nationalen Vertretern, der Bürgergesellschaft und den Gemeinschaftsorganen eine bedeutende Rolle bei der Verfolgung der Durchführung von MEDA spielen muss,
- K. in der Erwägung, dass der überwiegende Teil der Mittel für MEDA I für den Aufbau der in Barcelona vorgesehenen Freihandelszone Europa-Mittelmeerraum zugewiesen wurde, einschließlich Maßnahmen einer strukturellen Anpassung und Unterstützung des wirtschaftlichen Übergangs,
- L. in der Erwägung, dass die Schaffung der Freihandelszone nicht als ein Ziel an sich zu betrachten ist, sondern als ein Mittel zur Verbesserung der Lebensqualität in allen Partnerländern, und mit Bedauern, dass der beschleunigte Rhythmus der Durchführung wirtschaftlicher Maßnahmen nicht von einer entsprechend nachhaltigen Unterstützung für die sonstigen Bereiche der Partnerschaft, insbesondere den sozialen, kulturellen, umweltbezogenen und politischen Bereich flankiert wurde,
- M. in der Erwägung, dass es notwendig ist, die globale Natur der Zusammenarbeit Europa-Mittelmeer zu wahren, und dass es dafür unerlässlich ist, eine authentische Synergie zwischen ihren drei Komponenten - dem politischen, dem wirtschaftlichen und dem humanen Aspekt - zu sichern,
- N. unter Betonung der entscheidenden Rolle, die die dezentralisierte Zusammenarbeit im Mittelmeerraum bei der Förderung von Demokratie und der Unterstützung der sich herausbildenden Bürgergesellschaft spielen kann; mit Bedauern, dass die MED-Programme seit 1997 trotz seiner Appelle und des Appells der im April 1999 in Stuttgart zusammengetretenen Außenminister blockiert sind,
- O. in der Erwägung, dass allein die aktive und angemessene Mitwirkung der Bürgergesellschaft an sämtlichen Aktionen von MEDA die Demokratie, die nachhaltige Entwicklung und letzten Endes den Erfolg der Partnerschaft gewährleisten kann,
- P. in der Erwägung, dass es zwecks Gewährleistung der Effizienz der Zusammenarbeit Europa-Mittelmeer und zur Förderung der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte in der Region notwendig ist, die Rolle der Nichtregierungsorganisationen zu verstärken und die Beteiligung der Bürgergesellschaft an sämtlichen Aktionen von MEDA zu fördern,
- Q. in der Auffassung, dass diese Mitwirkung in bestimmten Partnerländern durch eine zu starke Einflussnahme des Staates auf die Verwaltung von MEDA beeinträchtigt wird und dass es keine tatsächlichen beratenden Verfahren bei der Aufstellung der Richtprogramme gibt,
- R. in Anbetracht der sechs Prioritäten der Partnerschaft: Umwelt, Wasserpolitik, Industrie, Energie, Verkehr und Informationsgesellschaft,
- S. in der Erwägung, dass zu den langfristigen Zielen der Zusammenarbeit Europa-Mittelmeer die Förderung der nachhaltigen sozio-ökonomischen Entwicklung, die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung, die Anhebung des Beschäftigungsniveaus und der Schutz der Umwelt gehören,

- T. in der Auffassung, dass unter diesen vorrangigen Themen einige einer tatsächlichen politischen und finanziellen Unterstützung im Rahmen von MEDA entbehrt haben, wie es im Hinblick auf die Umweltfragen und ihr kurz- und mittelfristiges Aktionsprogramm (SMAP), angenommen in Helsinki (1997), der Fall war, das ernste Anlaufschwierigkeiten aufweist,
 - U. in der Erwägung, dass das Wasser ein vorrangiges Problem der Region ist, das seitens des MEDA-Programms besondere Aufmerksamkeit verdient; besorgt wegen des Grades der übermäßigen Nutzung der Wasserressourcen im Mittelmeer und der Gefahr einer qualitativen Beeinträchtigung, insbesondere aufgrund von demographischen Veränderungen, Urbanisierung, Entwicklung des Fremdenverkehrs und unangepasster Wirtschaftspolitiken,
 - V. in der Auffassung, dass im Energiebereich der Bau neuer Infrastrukturen und Verbindungen die Nutzung fossiler Energien fördern soll, die kostspieliger und umweltschädlicher sind, während dezentrale Netze für erneuerbare und alternative Energien stärker zur Verbesserung der Umweltbedingungen in den begünstigten Ländern beitragen könnten,
1. ist der Auffassung, dass in Anbetracht der strategischen Bedeutung der Beziehungen der Europäischen Union zu den am MEDA-Programm beteiligten Ländern die einfache Konsultation dem institutionellen Gewicht des Europäischen Parlaments nicht angemessen ist; eine politische Verpflichtung seitens der Kommission und des Rates, den Bemerkungen des Europäischen Parlaments deutlich Rechnung zu tragen, scheint deshalb unverzichtbar;
 2. begrüßt die Annahme der MEDA-Verordnung, fordert jedoch eine Vereinfachung der Durchführungsmodalitäten des Programms;
 3. fordert eine gerechtere Aufteilung der Mittel unter den drei Aspekten der Partnerschaft und eine Vertiefung des politischen Dialogs in jedem dieser Bereiche;
 4. fordert die Parlamente der Mitgliedstaaten, die noch ausstehende Assoziierungsabkommen (insbesondere das mit Jordanien) noch nicht ratifiziert haben, auf, dies umgehend zu tun;
 5. weist darauf hin, dass die Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Bindungen zu den Ländern des Mittelmeerraums immer mehr zu einer politischen Priorität der Europäischen Union (siehe auch die jüngsten Erklärungen der Kommission) wird; die strategische Bedeutung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Mittelmeerregion wird von allen Institutionen anerkannt und stellt eine ebenso wichtige Herausforderung dar wie die Erweiterung der Union; aus diesem Grund muss ein richtungsweisender substantieller Finanzrahmen für die Jahre 2000-2006 geschaffen werden;
 6. weist darauf hin, dass die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und den Empfängerländern darauf ausgerichtet sind, die nachhaltige Entwicklung der Letzteren zu gewährleisten;
 7. wünscht ein stärker strategisches und integriertes Vorgehen bei MEDA mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung und fordert, dass MEDA spezifisch die Ausarbeitung und Durchführung der nationalen Pläne für nachhaltige Entwicklung der Partnerländer unterstützt;

8. fordert eine Verstärkung der interregionalen Zusammenarbeit, um die Ingangsetzung horizontaler Programme von großer Reichweite zu ermöglichen;
9. drängt darauf, dass interregionale wirtschaftliche und energiepolitische Vorhaben, die zu einem echten gemeinsamen Freihandelsraum bis 2010 führen, wieder in Gang gebracht werden;
10. ist der Ansicht, dass es für einen umfassenden Erfolg des Barcelona-Prozesses unerlässlich ist, die Verhandlungen über die Assoziierungsabkommen mit Algerien, Libanon und Syrien zu beschleunigen;
11. fordert die Kommission zu einer Beschleunigung des Verhandlungsprozesses betreffend die noch abzuschließenden Assoziierungsabkommen auf, wobei dafür Sorge zu tragen ist, dass die nachhaltige Entwicklung das vorrangige Ziel bleibt;
12. betont, dass es hinsichtlich der Programme für die Türkei insbesondere erforderlich ist, dass die staatliche rechtliche, politische, kulturelle und soziale Diskriminierung der kurdischen Bevölkerung durch die türkische Regierung beendet wird; die Vergabe der finanziellen Mittel der Europäischen Union an die Türkei sollte daher an Schritte zur Lösung der Kurdenfrage in der Türkei und an besondere Anstrengungen zur Überwindung der wirtschaftlichen und sozialen Unterentwicklung in den von der kurdischen Bevölkerung bewohnten Regionen geknüpft werden;
13. weist darauf hin, dass insbesondere in Bezug auf Zypern und Malta das MEDA-Programm bisher nicht wirklich durchgeführt wurde, weshalb ihre weitere Einbeziehung in das Programm erforderlich ist, damit MEDA die Finanzierungen, die im Rahmen der Vorbereitung auf den Beitritt beschlossen werden, ergänzen kann;
14. fordert eine spürbare Aufstockung bei den MEDA-Mitteln für regionale Programme und Vorhaben, die eine Süd-Süd-Dimension haben und im Dialog mit den lokalen Regierungs- und Nichtregierungsakteuren festzulegen sind;
15. ist der Ansicht, dass ein beträchtlicher Teil des MEDA-Programms auf die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Ländern sowie ethnischen und religiösen Gruppen, die unter historischen Auseinandersetzungen und Feindseligkeiten zu leiden haben, ausgerichtet werden muss;
16. fordert, dass entsprechend den Schlussfolgerungen der in Stuttgart zusammengetretenen Außenminister ein breiter Konsens mit der Bürgergesellschaft über die Programme zur wirtschaftlichen Reform gebildet wird, die bisher das vorrangige Ziel von MEDA waren;
17. bedauert die Kompliziertheit der Durchführung der Mittelmeerpolitik und die langwierigen Verwaltungsverfahren; ist der Auffassung, dass die Kommission in Anbetracht der Tatsache, dass politisch sehr viel auf dem Spiel steht und es um erhebliche Geldbeträge geht, garantieren sollte, dass eine ausreichende Anzahl von Beamten für MEDA eingesetzt wird;
18. ist der Auffassung, dass die niedrige Verwendungsrate zwar immer noch ein Problem ist, dass aber die Qualität der Projektvorbereitung und die Wirksamkeit der Projekte bei MEDA von allergrößter Bedeutung sind; fordert die Kommission eindringlich auf, ihre

Projektverwaltungsverfahren unter Beibehaltung hoher Buchführungsstandards effizienter zu gestalten;

19. begrüßt das Ziel der Schaffung einer Freihandelszone im Mittelmeerraum, weist jedoch darauf hin, dass die nicht zur Europäischen Union gehörenden Partnerländer nur dann uneingeschränkten Nutzen daraus ziehen können, wenn sie vollständigen und freien Zugang zum Markt der Europäischen Union für ihre Agrar- und Nahrungsmittelerzeugnisse haben, und dass Fortschritte in dieser Richtung beschleunigt werden sollten, allerdings bei gleichzeitigem Ausgleich im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik für die Regionen der Europäischen Gemeinschaft, die von einem verstärkten Wettbewerb direkt betroffen sind;
20. fordert, dass die in der neuen Verordnung MEDA II vorgesehenen Reformen und die Vereinfachung der Verfahren binnen kürzester Frist operationell sind;
21. ist der Auffassung, dass die geringe Inanspruchnahme der eingesetzten Mittel für Verpflichtungen im MEDA-Programm kein Grund dafür sein sollte, die Haushaltslinien zu kürzen, sondern vielmehr dafür, die Probleme anzugehen und zu lösen, die zu dieser zu geringen Verwendung der verfügbaren Mittel führen;
22. unterstützt eine Aufstockung des Personalbestands der Kommission, der der Verwaltung des MEDA-Programms und sämtlichen Mittelmeerinitiativen, an denen die Kommission mitwirkt, zugewiesen wird;
23. wünscht eine bessere und regelmäßige Information über die Auswirkungen des MEDA-Programms auf die Stabilität und die Ausweitung der Beschäftigung, die Entwicklung des Armutsgrades und die Veränderungen in der sozialen Struktur der einzelnen betroffenen Länder;
24. fordert die Kommission auf, einen jährlichen Bericht auszuarbeiten und ihm und der Öffentlichkeit diesen Bericht, in dem die Verwendung der Mittel und die angenommenen politischen Strategien detailliert dargelegt werden, auf Papier und im Internet zur Verfügung zu stellen;
25. bittet die Kommission und die EIB um Übermittlung ihres Jahresberichts über die Bewertung von MEDA wie auch jedes anderen Dokuments, das eine regelmäßige Verfolgung der Durchführung gestattet, an das Parlamentarische Forum;
26. unterstreicht, dass die Länder, die in den Genuss des Programms kommen, die Einhaltung der demokratischen Prinzipien und der Menschenrechte, insbesondere der Rechte von Frauen und Mädchen, garantieren müssen, was ein Schlüsselement für die Zusammenarbeit mit Europa darstellt; die Kommission muss die strikte Einhaltung dieser Rechte sorgfältig im Auge behalten und ihm über diesen Aspekt regelmäßig Bericht erstatten; sie darf ferner nicht zögern, gegebenenfalls Aussetzungsbeschlüsse gegenüber einem bestimmten Land vorzuschlagen;
27. fordert die Kommission auf, alljährlich einen spezifischen Bericht über die Lage der Menschenrechte im Mittelmeerraum abzufassen; dieser Bericht könnte eine der Grundlagen für die Vertiefung der Zusammenarbeit bilden;

28. begrüßt die neuen Vorschläge für MEDA II, mit denen eine Weiterentwicklung des MEDA-Programms angestrebt wird; befürwortet den Programmierungsansatz und die Richtprogramme anstelle von Einzelprojekten, ohne dass dies jedoch das Ende der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und den Sozialpartnern des Mittelmeerraums bedeutet;
29. ist sich bewusst, dass die Ausarbeitung regionaler Projekte wegen der dafür erforderlichen Beratungen zwischen den verschiedenen Partnern sehr zeitraubend ist; vertritt jedoch den Standpunkt, dass die regionalen Projekte ein sehr wichtiges Element des MEDA-Programms sind; ist der Meinung, dass es gemeinsame grenzübergreifende Projekte zwischen den Küsten- und Inselregionen des Mittelmeerraums geben sollte;
30. fordert ferner, dass Informationen betreffend die Planung, Annahme, Durchführung und Bewertung von Vorhaben rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden, um eine tatsächliche öffentliche Konsultation zu ermöglichen; diese Erfordernisse müssen sowohl für die von der Kommission verwalteten Vorhaben als auch für die von der Europäischen Investitionsbank (EIB) verwalteten Vorhaben gelten;
31. regt an, die Maßnahmen für Klein- und Mittelunternehmen weiter zu verstärken; weist darauf hin, dass das Hauptziel darin bestehen sollte, den Informationsaustausch und die Kontakte zwischen potentiellen Partnern dadurch zu erleichtern, dass den KMU in den Mittelmeer-Drittländern die vorhandenen Gemeinschaftsinstrumente und Programme zur Verfügung gestellt werden, die ursprünglich zur Unterstützung europäischer KMU geschaffen wurden;
32. hält eine erneute Definition des Konzepts einer "zivilen Mitwirkung" für notwendig, damit sie nicht nur auf die freie Beteiligung an Ausschreibungen begrenzt ist, sondern dem Konzept der "Partnerschaft" gemäß der Konvention von Århus eine reale Dimension verleiht;
33. betont, dass es außerordentlich wichtig ist, den nichtstaatlichen Organisationen Spielraum für eine Beteiligung an diesen Programmen zu gewähren, um die Demokratie und die Bürgergesellschaft in den Mittelmeerländern zu fördern;
34. fordert, dass Kriterien der Demokratie und nachhaltigen Entwicklung vom Planungsprozess an integriert werden und dass die Einhaltung der internationalen Abkommen im Bereich der Menschenrechte und Umwelt durch die Partnerländer als ein Kriterium der Förderungswürdigkeit für die Gewährung von MEDA-Mitteln angesehen wird;
35. fordert, dass das neue Verfahren der Konsultation mit der Kommission diese Prioritäten berücksichtigt, und zwar insbesondere:
 - Investitionsförderung;
 - Unterstützung der dezentralisierten Zusammenarbeit,
 - Unterstützung einer Politik zur Bewältigung von Migrationsströmen;
36. fordert, dass auf MEDA die selben sozialen und umweltbezogenen Standards und Vorschriften Anwendung finden, die bereits im Rahmen anderer Politiken und Gemeinschaftsinstrumente, insbesondere der Strukturfonds und der Agenda 2000 gelten;

37. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Umwelt- und die soziale Dimension in jedes nationale und regionale Richtprogramm Eingang finden;
38. betont, dass die Förderung von Strukturanpassungsprogrammen enger an das Ziel der Verbesserung des sozioökonomischen Gleichgewichts in den betreffenden Ländern gekoppelt werden sollte; hebt hervor, wie wichtig der Abbau von Ungleichheiten zwischen den beiden Küsten des Mittelmeerbeckens ist, um übermäßige Zuwanderungsströme zu vermeiden, was der Verbesserung der Lage im Bereich der illegalen Zuwanderung in der Region dienlich wäre; dies muss dringend angegangen werden;
39. bittet die Kommission, vor Ende des Jahres 2000 einen Mitwirkungsprozess zur strategischen Bewertung der sozialen und umweltbezogenen Auswirkung der Freihandelszone Europa-Mittelmeerraum einzuleiten, wie es von der Kommission bereits anlässlich des Umweltforums von Stuttgart im April 1999 zugesagt wurde;
40. stellt fest, dass die Stadtgebiete besondere Beachtung finden sollten; meint, dass Maßnahmen ergriffen werden sollten, um die Lebensqualität in den Stadtgebieten zu verbessern und die Entwicklung der örtlichen Demokratie sowie die dezentrale Zusammenarbeit zwischen den Kommunalbehörden in Mittelmeer-Drittländern und ihren Pendants in der Europäischen Union zu fördern;
41. fordert, dass spezifische Maßnahmen durch MEDA finanziert werden mit dem Ziel einer Verstärkung der Zusammenarbeit in den Bereichen Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, um die Lebensqualität auf dem Lande zu verbessern und die Abhängigkeit bei der Nahrungsmittelversorgung zu verringern;
42. unterstreicht die Zweckmäßigkeit einer Unterstützung und Förderung von Vorhaben und Programmen des technischen Beistands zugunsten der kleinen und mittleren Unternehmen und einer Verstärkung der Programme, die auf die Berufsbildung für spezialisierte Arbeitskräfte wie auch für Unternehmer ausgerichtet sind;
43. fordert die Kommission nachdrücklich auf, die MED-Programme unter einer angemesseneren Formel erneut aufzulegen und sich dabei zu vergewissern, dass sie für alle Sektoren der Bürgergesellschaft, einschließlich der Nichtregierungsorganisationen, zugänglich sind, und vor allem über die Delegationen sich zu vergewissern, dass der Zugang zu den Mitteln in gerechter Weise sämtlichen Vertretern der Bürgergesellschaft ohne Unterschied hinsichtlich Glauben, Geschlecht oder politischer Ausrichtung offen steht;
44. fordert insbesondere, dass die Geschlechterdimension in sämtlichen von den MEDA-Vorhaben abgedeckten Initiativen berücksichtigt wird; fordert, dass dies ein Kriterium der Evaluation in den künftigen Berichten sein soll;
45. fordert, dass die MEDA-Mittel für Bildungsmaßnahmen in allen Bereichen der Partnerschaft spürbar aufgestockt werden und sämtlichen Gesellschaften der begünstigten Länder zugute kommen können;
46. fordert, dass den Programmen für eine Zusammenarbeit im sozialen, kulturellen und humanen Bereich besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird, um zu einem besseren

Verständnis der unterschiedlichen Kulturen und Religionen beizutragen und dadurch die Toleranz und den gegenseitigen Respekt zu fördern;

47. fordert eine Überprüfung der Kriterien für die Förderungswürdigkeit der Vorhaben im Sinne einer Vereinfachung und Flexibilisierung der Verfahren für die Anweisung und Zahlung von Geldern (Bankgarantie) und mit der Möglichkeit einer Verringerung der Größe der Vorhaben, insbesondere durch Wiedereinführung von Mikro-Aktionen MEDA;
48. unterstützt nachdrücklich die Kleinstvorhaben insbesondere im Rahmen des Austausches von Sachverständigen und Studierenden;
49. fordert die Verstärkung des kurz- und mittelfristigen Aktionsprogramms für die Umwelt (SMAP), angenommen in Helsinki (1997), damit es bis Ende des Jahres 2000 zu einer konsolidierten und operationellen Struktur wird;
50. begrüßt die 1998 eingeführten regionalen Richtprogramme Europa-Mittelmeer; ist der Auffassung, dass Programme wie EUMEDIS (Informationsgesellschaft Europa-Mittelmeer) eine bedeutende Rolle beim Aufbau und Unterhalt von Netzen der Informationstechnologie und bei der Kofinanzierung von Pilotprojekten für die Anwendung der Informationstechnologien spielen werden;
51. fordert, dass ein Programm regionaler Zusammenarbeit bei der Wasserbewirtschaftung, versehen mit einer Mittelausstattung von mindestens 10 Mio. Euro jährlich, vor Ende des Jahres 2000 eingerichtet wird, um den in Turin im Oktober 1999 angenommenen Aktionsplan umzusetzen;
52. fordert ferner, dass die Komponente "Wasser" generell in alle Programme und Vorhaben von MEDA integriert wird, wobei nach den Konzepten der Mitwirkung und Vorbeugung vorzugehen ist;
53. fordert, dass die Vorhaben im Bereich der Erhaltung und der Sanierung des Wassers vorrangige Aufmerksamkeit finden;
54. fordert eine Verstärkung der Vorhaben von regionaler Zusammenarbeit, die zur Bekämpfung der Meeresverschmutzung bestimmt sind, einer lebenswichtigen umweltbezogenen Herausforderung für die Erhaltung des Mittelmeeres;
55. drängt darauf, dass Netze für Hilfen und Hilfeleistung im Falle von Naturkatastrophen (Erdbeben) geschaffen werden;
56. fordert, dass Maßnahmen im Bereich der erneuerbaren Energien eine vorrangige Aufmerksamkeit erhalten mit dem Ziel einer jährlichen Energieeinsparung um 2,5% in allen Sektoren des Energieverbrauchs;
57. tritt dafür ein, das Verkehrsforum Europa-Mittelmeer beizubehalten und weiter auszubauen; ist der Meinung, dass dieses Forum demnächst einen Aktionsplan für den Verkehrssektor mit Vorschlägen für Maßnahmen und Mittel für ihre Durchführung sowie für einen Zeitplan aufstellen sollte;
58. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung der Kommission und dem Rat sowie den Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.